

bedinglich in Westfalen liegt der Beschäftigungsgrad über dem des Vorjahrs. Im ganzen gesehen haben wir nahezu eine viertel Million Arbeitslose mehr als bisher. Die dadurch bedingten Einkommensausfälle haben sich stark auf die Umgestaltung des gesamten Einzelhandels ausgewirkt.

Es wurde an dieser Stelle schon häufig auf die engen Beziehungen zwischen Bauprodukt und Einzelhandel hingewiesen. Die Krise auf dem Hypothekenmarkt ließ das ganze Baujahr 1929 hindurch die Zahl der Bauausführungen hinter denen des Vorjahres stark zurückbleiben. Die Mißerfolge der öffentlichen Anleihen mehrerer deutscher Großstädte bewiesen ebenfalls die Schwierigkeit, große Bauvorhaben zu finanzieren. Wenn man also feststellen kann, daß die Zahl der nicht ausgenutzten Bauerlaubnisse dreimal so groß ist wie um dieselbe Zeit des Vorjahrs, dann bedeutet das für den Einzelhandel geringere Absatzmöglichkeiten an allen Gegenständen des Wohnungsbedarfs, insbesondere also an Möbeln, Beleuchtungsgegenständen, Tapeten, Gardinen und Teppichen usw. Gerade Großanschaffungen, die regelmäßig auf Kredit verkauft werden, können in Zeiten wirtschaftlicher Depression besonders schwer abgesetzt werden, schwerer als es der realen Einkommenslage vielleicht entsprechen würde, weil die unsichere Zukunft der Einkommensgestaltung die Übernahme erheblicher Verpflichtungen weitgehend verhindert.

Die Kredit-situation des Einzelhandels hat sich zudem derart zugespitzt, daß selbst die vorhandene, ziemlich bescheidene Lagerhaltung bei weiterem Umsatzrückgang nicht durchgehalten werden kann, sondern zu Zwangsverkäufen wird führen müssen. Das müßte ein weiteres Fallen der an sich bereits zur Schwäche neigenden Preise zur Folge haben und somit weitere Verluste mit sich bringen.

Nur eine starke Umsatzbelebung im Oktober wäre geeignet, die überaus schwierige Situation des Einzelhandels zu überwinden und eine allgemeine Einzelhandelskrise zu verhindern.

Hier verdient nicht zuletzt der Hinweis auf die bedrohliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit Beachtung. Der Reichstag hat ja mit Ach und Krach die Teilsanierung der Arbeitslosenversicherung verabschiedet. Es soll auch ohne weiteres anerkannt werden, daß dabei in einigen Punkten tatsächliche Verbesserungen erreicht worden sind. Ist es nicht aber im Grunde beängstigend und beschämend, daß aller Kampf im Parlament wie in der Presse nur um die Sanierung der Reichsarbeitslosenversicherungsanstalt ging, daß aber niemand die Frage ernsthaft aufgeworfen hat, ob denn die Arbeitslosigkeit sein müsse und ob sie nicht an der Wurzel beseitigt werden könne? Die beste, die hundertprozentige Sanierung der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wäre doch eine Wirtschaftspolitik, die alle Arbeitslosigkeit beseitigte. Dieser Seite des Problems scheint man aber im Parlament mit fatalistischer Apathie gegenüber zu stehen. Man nimmt die Arbeitslosigkeit einfach als gegebenen Dauerzustand hin. Die Sanierung geht von der Annahme aus, daß wir mit 1,1 Millionen Arbeitslosen jährlich zu rechnen haben. Auf 30 Erwerbstätige kommt also im Durchschnitt immer ein Arbeitsloser, der von den anderen 29 mit erhalten werden muß. Schon vor 4 Wochen warfen wir die Frage auf: wie lange kann sich das deutsche Volk namentlich in seiner ohnehin schon aufs äußerste angespannten Lage das leisten? Denn welche Gewähr besteht denn dafür, daß es nicht schlimmer damit wird, wenn man sich nur mit der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit begnügt, dem Übel selbst aber nicht zu Leibe zu rücken wagt? Wir sagten schon, die Sanierung geht auf der Voraussetzung von 1,1 Millionen Arbeitslosen auf. Was aber, wenn ihre Zahl auf $1\frac{1}{4}$, auf $1\frac{1}{2}$ Millionen steigt? Da ist die ganze Sanierung, die jetzt mit Mühe erreicht ist, zum Teufel. Mehrbelastung der noch arbeitenden Wirtschaft zwingt nur weitere Betriebe zur Schließung, verbessert die Lage also nicht, sondern verschlimmert sie weiter. Mit Recht wurde auch schon darauf hingewiesen, daß die Versicherung gar nicht das ganze Risiko deckt. Daneben bestehen noch die schon jetzt gewaltigen Lasten der Kommunen für Unterstüßungen aller Art. Jede Entlastung der Versicherung bedeutet vorläufig weitgehend nur eine Verschiebung der Last auf diese kommunalen Schultern. Auch hier jedoch ist die Wirtschaft die eigentliche Trägerin und Aufbringerin. So mündet das Arbeitslosenproblem eben doch in der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Man wird nicht darum herum-

kommen, hier zu grundlegenden Reformen zu schreiten, wenn die Dinge wirklich besser werden sollen. Je eher und je gründlicher das geschieht, desto besser. Denn die Lage der öffentlichen Finanzen ist ja ebenfalls längst mehr als gespannt.

Auf den Ernst der Finanzlage der öffentlichen Hand war selbst oben in dem Monatsbericht des preussischen Handelsministeriums hingewiesen. Im Reichsfinanzministerium wird nun seit einiger Zeit schon an einer umfassenden Finanzreform gearbeitet. Über den Stand dieser Arbeiten berichtete kürzlich der »Sozialdemokratische Pressedienst«, daß es sich um einen sehr weitgehenden Umbau des ganzen Finanzsystems handelt. Vor allem scheint Herr Hilferding an eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer zu denken, und zwar sowohl nach unten (Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums) wie auch nach oben (Auseinanderziehung der Stufen, Ermäßigung der höchsten Sätze). Die Kapitalertragssteuer soll für festverzinsliche Emissionen, nicht aber für Aktien beseitigt werden. Die Industriebelastung will man in Etappen verschwinden lassen. Dafür soll die Vermögenssteuer erhöht werden. Um der Landwirtschaft gerecht zu werden, rechnet man mit der Aufhebung der Rentenbankbelastung der Landwirtschaft. Die geplante Senkung der Besitzsteuern wird auch auf die Realsteuern übergreifen. Als Entschädigung dafür soll den Kommunen zwar nicht das Recht auf Erhebung von Zuschlägen zu den Einkommensteuern gegeben werden, wohl aber entsprechende Einnahmen aus der Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen. Dabei handelt es sich um eine Art Kopfsteuer. Als Ausgleich für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird an Mehreinnahmen aus den Genussmittelsteuern gedacht. Hier käme nicht nur die Erhöhung der Biersteuer in Frage, sondern auch die Errichtung eines Tabakmonopols. Daß man sich mit dem Monopolgedanken auch sonst befreundet, bewiesen kürzlich die Nachrichten über die Verhandlungen mit dem schwedischen Zündholztrust. Ist aber dieser »Ausverkauf der deutschen Konsumenten«, wie man schon gesagt hat, wirklich die letzte Rettung? Auch die obigen Finanzreformpläne lassen Zweifel über Zweifel offen, ob sie wirkliche Befreiung versprechen. Was auf der einen Seite an Erleichterungen versprochen wird, scheint durch unvermeidliche Erhöhungen auf der anderen Seite letzten Endes wieder aufgehoben. Schließlich werden wohl nur die Erhöhungen übrig bleiben. Selbst der Vorwärts mußte bei der Veröffentlichung der Andeutungen übrigens darauf aufmerksam machen, daß die Nachrichten auch insofern völlig unzulänglich seien, als sie jeden Hinweis darauf vermissen lassen, daß die Steuerermäßigung nur möglich ist, wenn zuvor zwei andere Fragen erledigt sind. Das ist einerseits die Sanierung des Reichsetats für 1928 und 1929, die mehrere 100 Millionen erfordert, und andererseits die Sanierung der Kassenlage des Reiches, die durch den Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt nach wie vor äußerst kritisch ist. Jede Steuerermäßigung muß auf diesen Zusammenhang Rücksicht nehmen. Dazu kommt, daß die Finanzreform von vornherein auch noch durch andere politische Hypothesen belastet bleibt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion läßt sich jedenfalls, wie im Vorwärts zu lesen war, nach wie vor von der Anschauung leiten, daß eine Steuerentlastung erst möglich ist, wenn die Reichsfinanzen völlig saniert sind und wenn diese Steuerentlastung keine Krise der sozialen Aufgaben und Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden zur Folge hat. Bedenkt man freilich, wie gerade auch die Kommunen durch steigende kurzfristige Verschuldung dem Abgrund immer näher zu treiben, so können wohl Bedenken aufsteigen, wie lange solche Forderungen noch werden aufrecht erhalten werden können. Die Gesamtanierung erfordert schier übermenschliche Energien. Schon wird aber die Kritik von der mangelnden Tatkraft gerade des Reichsfinanzministers immer lauter. Man kann daher der weiteren Entwicklung nur mit Sorge entgegenblicken.

Das gilt um so mehr, als auch die weltwirtschaftlichen Hintergründe dieses unheilswangeren Bildes düster genug sind. Die Gründung der internationalen Tributbank, von der auffälligerweise im Haag so gar nicht die Rede war, steht noch in weiter Ferne, obwohl ja das vorbereitende